

# CREDIT SUISSE

## Sorgenbarometer

### 2014



#### DIE INTERPRETATIONEN

Debatte  
**BIGLER (FDP) VS.  
ROSSINI (SP)**  
S. 61

Zukunft der Schweiz  
**VIEL OPTIMISMUS, ABER  
DIE RENTE MACHT SORGE**  
S. 69

Schweiz und Ausland  
**POLITISCHE OFFENSIVE  
GEWÜNSCHT**  
S. 70

1 – DIE SORGEN DER SCHWEIZER

S.54

2 – WIRTSCHAFTSLAGE

S.57

3 – VERTRAUEN

S.59

4 – DAS WESEN DER SCHWEIZ

S.64

5 – GEFAHREN DER  IDENTITÄT

S.67

Die gesamte Umfrage steht zum Download bereit auf:  
[www.credit-suisse.com/sorgenbarometer](http://www.credit-suisse.com/sorgenbarometer)

# Was bewegt die Schweizerinnen und Schweizer? Womit identifizieren sie sich, wem vertrauen sie? Seit beinahe 40 Jahren gibt das Credit Suisse Sorgenbarometer Antworten zur Stimmungslage der Nation.

Die repräsentative Umfrage wird seit 1976 erhoben und erlaubt somit eine aktuelle Temperaturmessung bei der Stimmbevölkerung sowie den Vergleich über die Jahre. Was sind die Hauptresultate der Ausgabe 2014? Nach wie vor ist die Arbeitslosigkeit die Hauptsorge der Schweizerinnen und Schweizer. Der Nationalbank bringen sie besonders grosses Vertrauen entgegen und die Neutralität betrachten sie als wichtigstes Identitätsmerkmal des Landes. Mit der Wirtschaftslage sind die Befragten, auch mit Blick in die Zukunft, zufrieden. Ambivalent ist hingegen das Verhältnis zu den in der Schweiz lebenden Ausländern und auch zur Europäischen Union. Selbstbewusst wünscht sich eine Mehrheit ein offensiveres Auftreten der Politiker auf internationaler Ebene.

Die wichtigsten Resultate des Sorgenbarometers sind in fünf Artikeln und zwei Spezialauswertungen zusammengefasst. In einer angeregten Diskussion besprechen Stéphane Rossini, kommender Nationalratspräsident, und Hans-Ulrich Bigler, Direktor des Schweizerischen Gewerbeverbands, die Ergebnisse.

## Die Redaktion

Die Umfrage: Im Auftrag und in Zusammenarbeit mit der Credit Suisse hat das Forschungsinstitut gfs.bern zwischen dem 28. Juli und dem 16. August 2014 eine repräsentative Umfrage bei 1010 Stimmberechtigten mit Wohnsitz in der Schweiz durchgeführt. Der statistische Stichprobenfehler liegt bei  $\pm 3,2$  Prozent. Die wissen-

schaftliche Auswertung in den zwei Studien «Stimmberechtigte trauen der aktuell positiven Wirtschaftslage nicht so recht» (Credit Suisse Sorgenbarometer 2014) und «Beziehung und Abgrenzung zur EU als Treiber der Schweizer Identität» (Credit Suisse Identitätsbarometer 2014) erfolgte durch ein Projektteam mit Claude

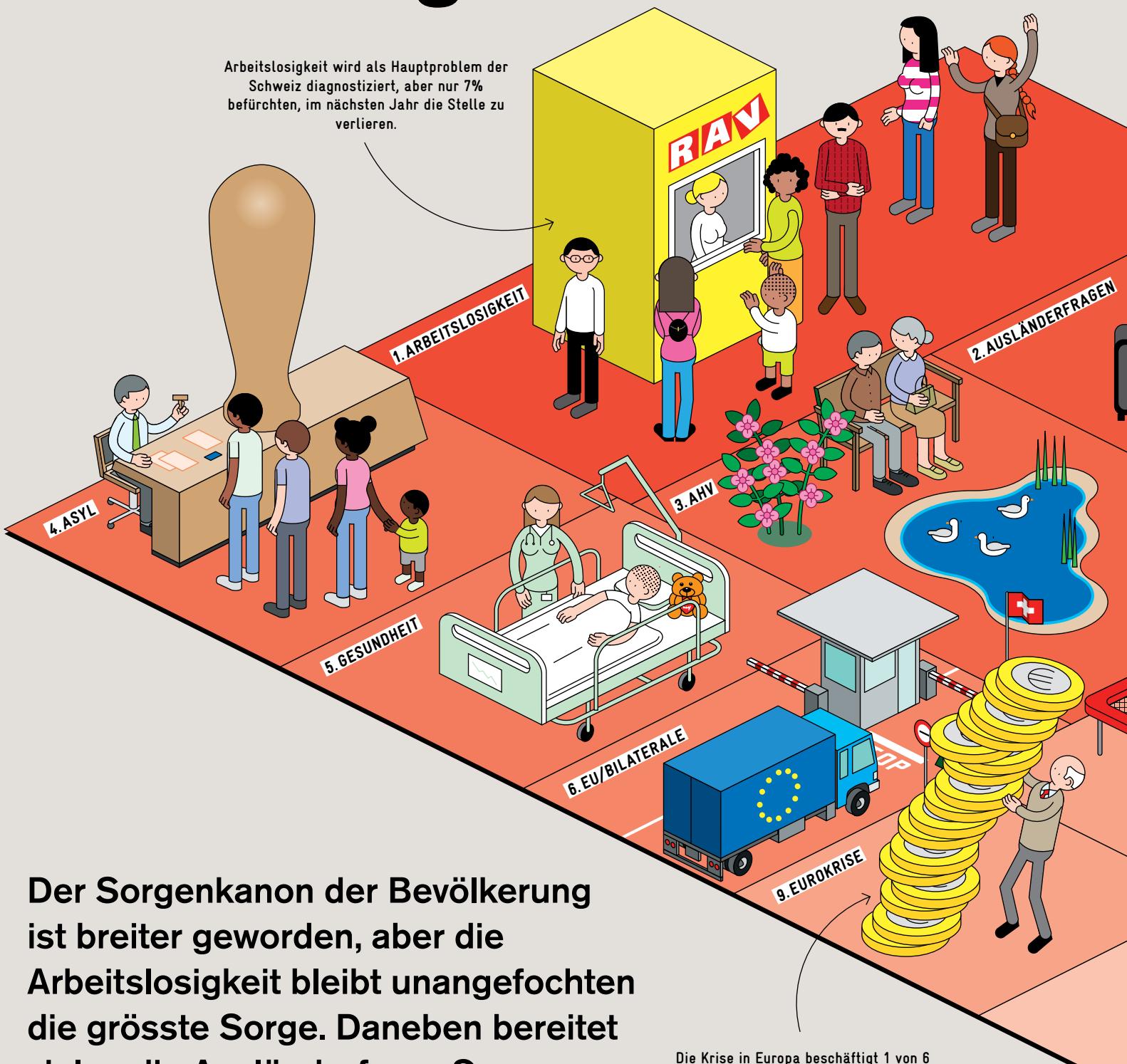
Longchamp, Lukas Golder, Martina Imfeld, Thomas Milic, Stephan Tschöpe, Meike Müller, Philippe Rochat, Cloé Jans und Johanna Schwab.

Die Auswertungen für das Bulletin erfolgten durch Andreas Schiendorfer (schi).

Illustriert wurde das Sorgenbarometer von QuickHoney.

## 1 – DIE SORGEN DER SCHWEIZER

# Was uns beschäftigt



**Der Sorgenkanon der Bevölkerung ist breiter geworden, aber die Arbeitslosigkeit bleibt unangefochten die grösste Sorge. Daneben bereitet vielen die Ausländerfrage Sorge.**

› Fortsetzung Seite 56

Die Krise in Europa beschäftigt 1 von 6 Schweizern, Tendenz: steigend.

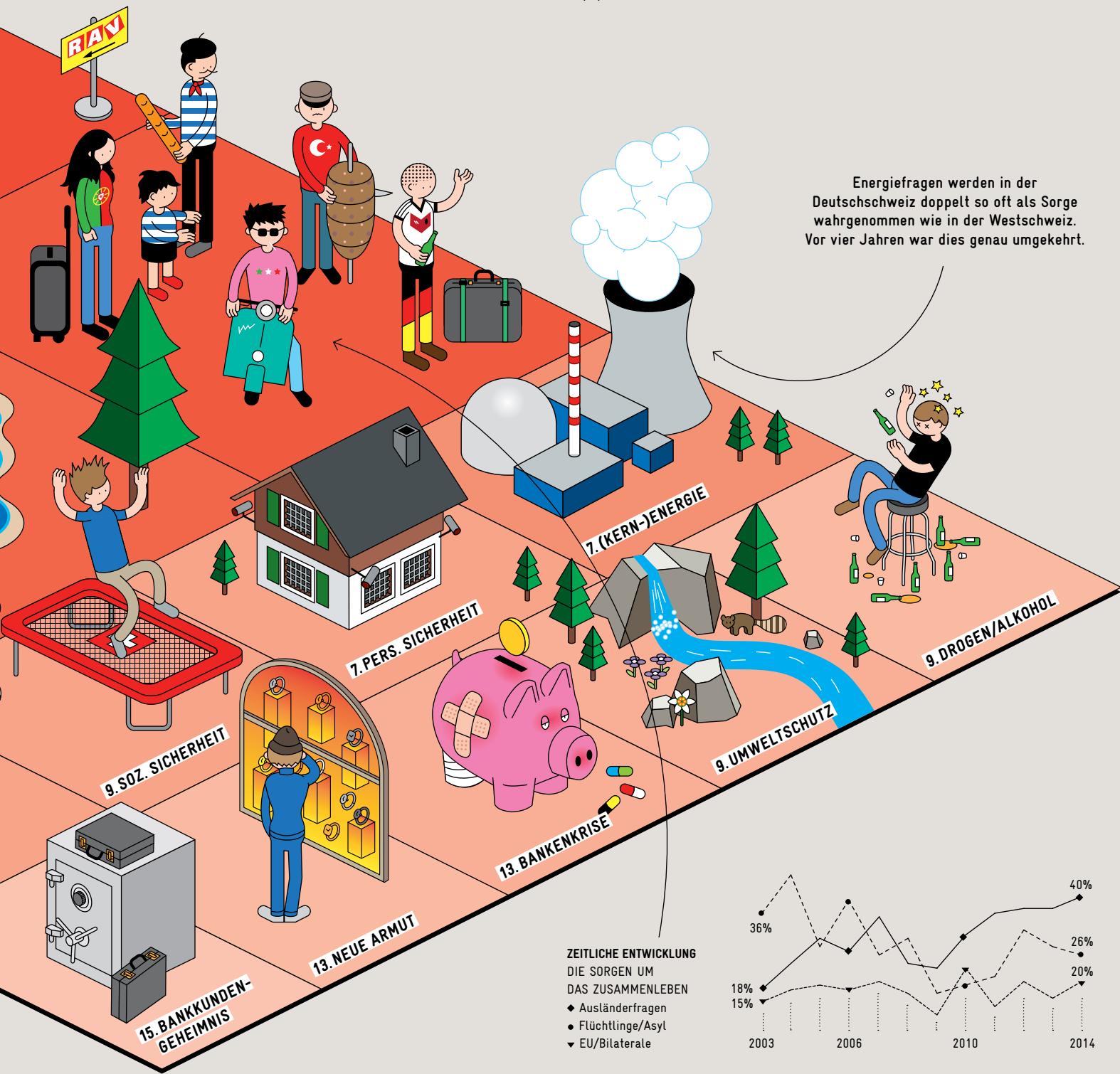
Abb. 1: HAUPTSORGEN DER SCHWEIZER BEVÖLKERUNG

# DIE RANGLISTE

«Legen Sie bitte von allen Kärtchen jene fünf heraus, die Sie persönlich als die fünf wichtigsten Probleme der Schweiz ansehen.»

- |  |                                   |
|--|-----------------------------------|
| 1. Arbeitslosigkeit – 51% (+7)         | 9. Eurokrise/Eurokurs – 16% (+1)  |
| 2. Ausländerfragen – 40% (+3)          | 9. Drogen/Alkohol – 16% (+2)      |
| 3. AHV/Altersvorsorge – 37% (+8)       | 9. Umweltschutz – 16% (-)         |
| 4. Flüchtlinge/Asyl – 26% (-2)         | 13. Bankenkrise – 14% (+3)        |
| 5. Gesundheit/Krankenkassen – 23% (+2) | 13. Neue Armut – 14% (-4)         |
| 6. EU/Bilaterale – 20% (+4)            | 15. Bankkundengeheimnis – 12% (-) |
| 7. (Kern-)Energie – 17% (-2)           | 15. Verkehr/Neat – 12% (-1)*      |
| 7. Persönliche Sicherheit – 17% (-7)   |                                   |
| 9. Soziale Sicherheit – 16% (-5)       |                                   |

\*Nicht auf der Grafik





Für 51 Prozent der Schweizerinnen und Schweizer ist klar: Die Arbeitslosigkeit gehört zu den fünf wichtigsten Problemen des Landes. Sie ist – wie immer seit 2003 – die helvetische Hauptsorge (im Vergleich zum Vorjahr: +7 Prozentpunkte). Man kann sich fragen, ob es hier eigentlich um eine nationale Solidaritätsbekundung geht, denn die Sicherheit der eigenen Stelle spielt nur eine untergeordnete Rolle. Lediglich 7 Prozent befürchten nämlich den Verlust ihres Arbeitsplatzes im Laufe des nächsten Jahres, und nur 14 Prozent stufen ihre Arbeitsstelle generell als eher oder gar nicht sicher ein. Doch die Sorge um die Arbeitslosigkeit hat auch eine reale Grundlage: Im Langzeitvergleich lässt sich zeigen, dass eine hohe Korrelation besteht zwischen tatsächlicher Arbeitslosenquote und der Wahrnehmung von Arbeitslosigkeit als Sorge. Von Rekordmarken wie in den Jahren 1993 (89% – Arbeitslosigkeit 4,5%) oder zuletzt 2010 (76% – 3,9%) ist man allerdings trotz einer gewissen Korrektur des letztjährigen Tiefwerts noch weit entfernt, obwohl die Arbeitslosenquote mit 3 Prozent recht hoch ist.

### Hoher Ausländeranteil schürt Ängste

Wiederum an zweiter Stelle, diesmal mit 40 Prozent, liegen die Sorgen um die Ausländerinnen und Ausländer, die wohl im Zusammenhang mit der Volksinitiative «Gegen Masseneinwanderung» weiter an Bedeutung gewannen (+3 pp). Ähnlich wie bei der Arbeitslosenquote lässt sich auch hier eine Korrelation mit realen Begebenheiten zeigen: Ist der Ausländeranteil hoch (derzeit bei 23,8 Prozent, bei den 20- bis 39-Jährigen sogar 33,2 Prozent), geben mehr Befragte an, dass sie dieses Thema beschäftigt.

Eine besondere Kategorie Ausländer stellen – an vierter Stelle – die Asylsuchenden dar. Nach wie vor werden sie von 26 Prozent der Bevölkerung als Problem wahrgenommen (-2 pp). Dies ist zwar ein hoher Wert, doch nicht vergleichbar mit Spitzenwerten wie 2004 (45%). Und auch hier lässt sich die Sorge mit einer Kennzahl verknüpfen: Sie steigt und fällt parallel mit der tatsächlichen Anzahl an Asylgesuchen in der Schweiz.

### AHV und Gesundheit bleiben relevant

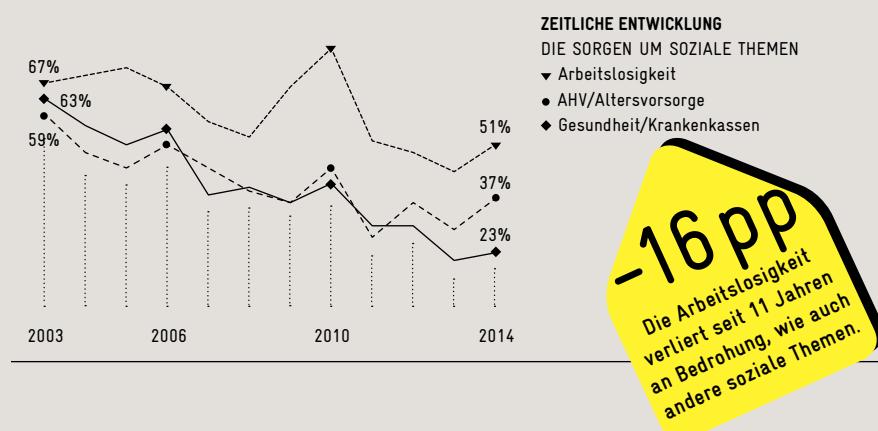
Auf dem dritten Platz liegt als weiterer Sorgen-Dauerbrenner die AHV. 37 Prozent beschäftigt die Altersvorsorge. Vermutlich machen sich viele der Befragten Sorgen, wie gut ihre Rente gesichert ist. In der Deutschschweiz ist das Problembewusstsein um die Altersvorsorge etwas

und dem Eurokurs sind dies zwei Themenpaare: Kontinuierlich abgenommen haben die Werte für die persönliche und die soziale Sicherheit. Umgekehrt haben seit 2009 der Umweltschutz und Energiefragen an Relevanz gewonnen, aktuell jedoch sind beide leicht zurückgegangen.

### Romandie vs. Deutschschweiz

Im Vergleich der Sprachgruppen lassen sich in vier Bereichen relativ deutliche Unterschiede ausmachen: In der Romandie werden die Arbeitslosigkeit und die Ausländer viel stärker als Problem wahrgenommen als in der Deutschschweiz. Dort trifft dies dafür auf Fragen der Energiepolitik und der Altersvorsorge zu.

Die geschlechtsspezifischen Unterschiede sind in den meisten Bereichen minim: Man kann aber sagen, dass sich



höher als in der Romandie, bei den über 70-Jährigen (55%) klar stärker als bei den unter 30-Jährigen (33%).

Das Gesundheitswesen wird, an fünfter Stelle liegend, lediglich noch von 23 Prozent der Bevölkerung als Sorge bezeichnet (+2 pp). Das war bei einem Spitzenwert von 64 Prozent im Jahr 2001 noch völlig anders, doch die zwischenzeitlich erfolgreiche Bekämpfung des Anstiegs der Krankenkassenprämien könnte für Entspannung gesorgt haben. Es wird interessant zu beobachten sein, wie sich dieser Wert nächstes Jahr verändert, wenn die Prämien wieder stärker angestiegen sind.

Hinter der Sorge um die Beziehungen zur Europäischen Union (20%) liegen im breiten Mittelfeld des Sorgenkanons sechs Phänomene, die von rund einem Sechstel der Bevölkerung (17 respektive 16%) als Sorge wahrgenommen werden. Neben der Drogen- und Alkoholsucht

Frauen besonders stark um die Altersvorsorge und das Gesundheitswesen sorgen.

Betrachtet man die verschiedenen Siedlungsgruppen – also wo die Befragten leben –, so macht sich die Landbevölkerung mehr Gedanken über Arbeitslosigkeit, Asylwesen und Eurokrise als die Agglomerationen und die Grossstädte.

Alles in allem sind die gruppenspezifischen Unterschiede jedoch nur selten grösser als die statistische Fehlerquote. Daraus lässt sich schliessen, dass in der Schweiz ein ziemlich einheitliches Problembewusstsein besteht – und dieses, wie gesehen, meist mit realen Tatsachen verlinkt ist. Diese Erkenntnis stellt eine gute Basis für politische Diskussionen dar. (schi)

□

## 2 – WIRTSCHAFTSLAGE

# Der Himmel ist fast wolkenlos

**Die Schweizer sind mit ihrer eigenen Wirtschaftssituation zufrieden, allerdings sinkt die gute Stimmung bei den einkommensstarken Schichten. Für die künftige Konjunkturentwicklung herrscht moderater Optimismus vor.**



Die Schweizerinnen und Schweizer sind mit ihrer eigenen Wirtschaftslage sehr zufrieden. Lediglich 6 Prozent stufen sie als schlecht ein, hingegen 60 Prozent (+4 pp) als gut oder sogar sehr gut. Ein höherer Wert wurde letztmals 2000 verzeichnet.

Der Grad der Zufriedenheit ist – wenig überraschend – abhängig vom Einkommen: Je höher der Lohn, desto optimistischer der Blick auf die eigene Situation. Doch gerade bei den besonders gut Verdienenden (Einkommen über 9000 beziehungsweise über 7000 Franken) nimmt die gute Laune ab: In dieser Gruppe

ist der Anteil mit einer positiven Einschätzung in den letzten zwei Jahren von 73 auf 65 Prozent respektive von 67 auf 62 Prozent geschrumpft. Eine Erklärung für diese Tendenz könnte die wachsende steuerliche Belastung sein.

Von jenen Schweizern, die weniger als 3000 Franken verdienen, stufen immerhin noch 35 Prozent (+4 pp) ihre Situation als gut oder sehr gut ein.

### Schaffhauser Wirtschaftspessimismus

In geografischer Hinsicht ist die wirtschaftliche Zufriedenheit in der Innerschweiz am höchsten, an der Spitze steht der Kanton Luzern. Hier beurteilen 71 Prozent ihre aktuelle Wirtschaftssituation positiv, und immerhin 11 Prozent glauben, dass es ihnen im nächsten Jahr noch besser gehen wird. Dass diese Einschätzung in der lateinischen Schweiz, insbesondere im Jura, generell tiefer ist als im Durchschnitt, erstaunt nicht, angesichts einer höheren Arbeitslosenquote von 4,3 Pro-

zent im Vergleich zu 3,0 Prozent im Landesdurchschnitt (August 2014).

Aber auch in Schaffhausen, wo die strukturellen Probleme eines Kleinkantons trotz einer durchschnittlichen Arbeitslosenquote immer deutlicher zutage treten, kann man von so etwas wie einem «Wirtschaftspessimismus» sprechen: Nur 46 Prozent stufen ihre aktuelle Wirtschaftslage als gut oder sehr gut ein, und lediglich 5 Prozent versprechen sich vom kommenden Jahr eine Verbesserung. Im Landesdurchschnitt sind es 18 Prozent. Dies ist zwar etwas weniger als im Vorjahr (-4 pp), aber doch noch mehr als im langjährigen Durchschnitt. Dem stehen 7 Prozent (+1 pp) gegenüber, die befürchten, dass es ihnen in Zukunft weniger gut gehen wird.

Die generelle Situation der Schweizer Wirtschaft wird im Vergleich zum Ausland von 97 Prozent als eher gut oder sehr gut eingestuft. Damit wurde der Rekordwert vom Vorjahr egalisiert; >

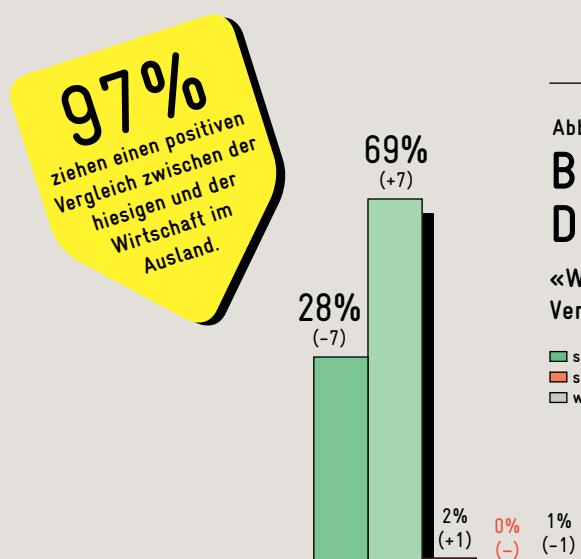


Abb. 2: VERGLEICH MIT AUSLAND

## BESSER ALS DIE ANDEREN

«Wie steht die Schweizer Wirtschaft im Vergleich zur ausländischen Wirtschaft da?»

mit der kleinen Einschränkung, dass der «sehr gut»-Anteil um 7 Prozentpunkte auf 28 Prozent zurückgegangen ist.

18 Prozent (+2 pp) der Befragten sind der Meinung, dass sich die allgemeine wirtschaftliche Situation im Laufe der letzten 12 Monate verbessert hat, für 63 Prozent (+7 pp) ist sie gleich geblieben. Nur noch 17 Prozent (-8 pp) stellen eine Verschlechterung fest. Damit ist gewissmässen eine gefühlte wirtschaftliche Balance gegeben. Diese Analyse fiel letztmals im Jahr 2007, also vor dem Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise, positiver aus.

#### Es wird – ein bisschen – besser

Der Blick in die Zukunft war ebenfalls letztmals im Jahr 2007 besser; ein Indiz dafür, wie überraschend damals der wirtschaftliche Einbruch kam. Momentan glauben 20 Prozent (-1 pp), dass sich die Konjunktur positiv entwickeln wird, 62 Prozent (+5 pp) sind der Meinung, dass sie gleich bleibt. Eine Verschlechterung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage befürchten wie im Vorjahr 15 Prozent.

Fazit: In der Schweizer Bevölkerung herrscht ein überraschend grosser Wirtschaftsoptimismus vor. Dieser Stimmungslage entspricht, dass zwar lediglich 7 Prozent der Befragten die Wirtschaftsentwicklung als eine der fünf Hauptorgane des Landes ansehen (2012 hatten noch 35 Prozent eine Wirtschaftskrise wahrgenommen), aber doch 95 Prozent das wirtschaftliche Wachstum weiterhin als wichtiges politisches Ziel definieren. Das könnte bedeuten, dass man an die Schweizer Wirtschaft glaubt, gleichzeitig aber die Politik in die Pflicht nehmen will, damit sie die Rahmenbedingungen für Unternehmen verbessert. (schb) □

Abb. 3: PERSÖNLICHE WIRTSCHAFTLICHE LAGE

## GEHT GUT, WIRD NOCH BESSER

«Was würden Sie sagen, wie es Ihnen wirtschaftlich gesehen im Moment geht? Und in der Zukunft?»

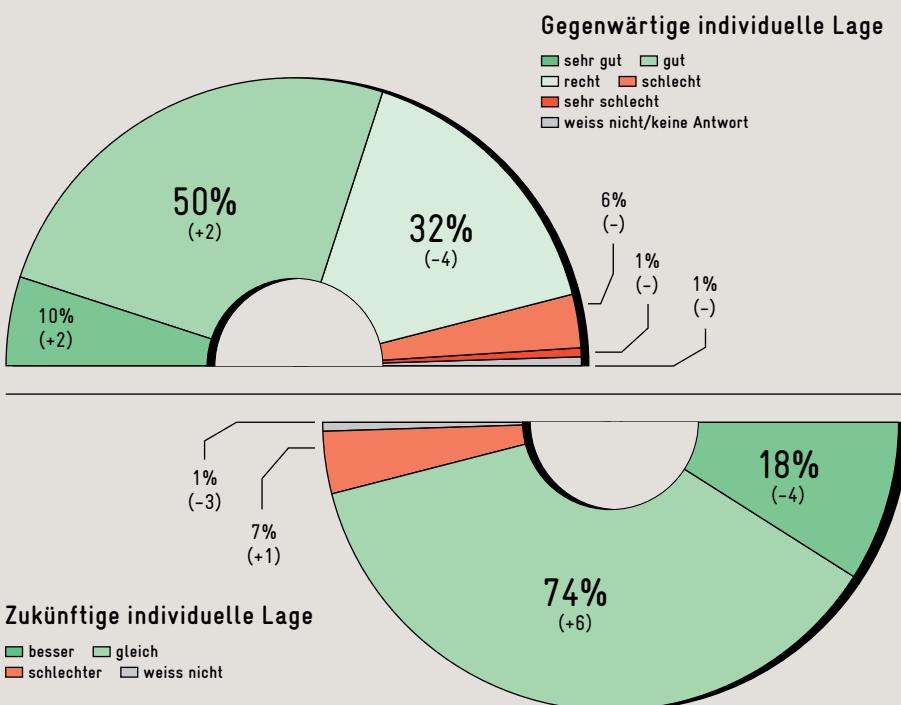
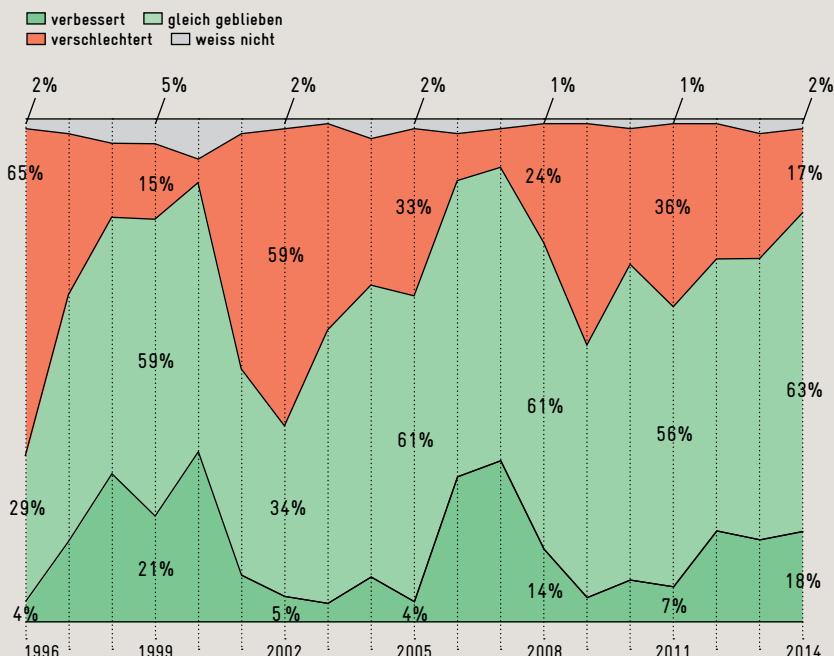


Abb. 4: ALLGEMEINE WIRTSCHAFTLICHE LAGE

## DIE SCHWEIZ IST IN FORM

«Wie hat sich Ihrer Ansicht nach die allgemeine Wirtschaftslage der Schweiz in den vergangenen 12 Monaten entwickelt?»



### 3 – VERTRAUEN

# Institutionen, denen die Schweizer vertrauen

Die Vertrauensrangliste weist hohe Werte aus für die wichtigen nationalen Akteure, mit der Nationalbank gibt es einen neuen Spitzenreiter. Während die Wirtschaft aufgeholt hat, werden bezahlte Zeitungen als wenig glaubwürdig eingestuft.

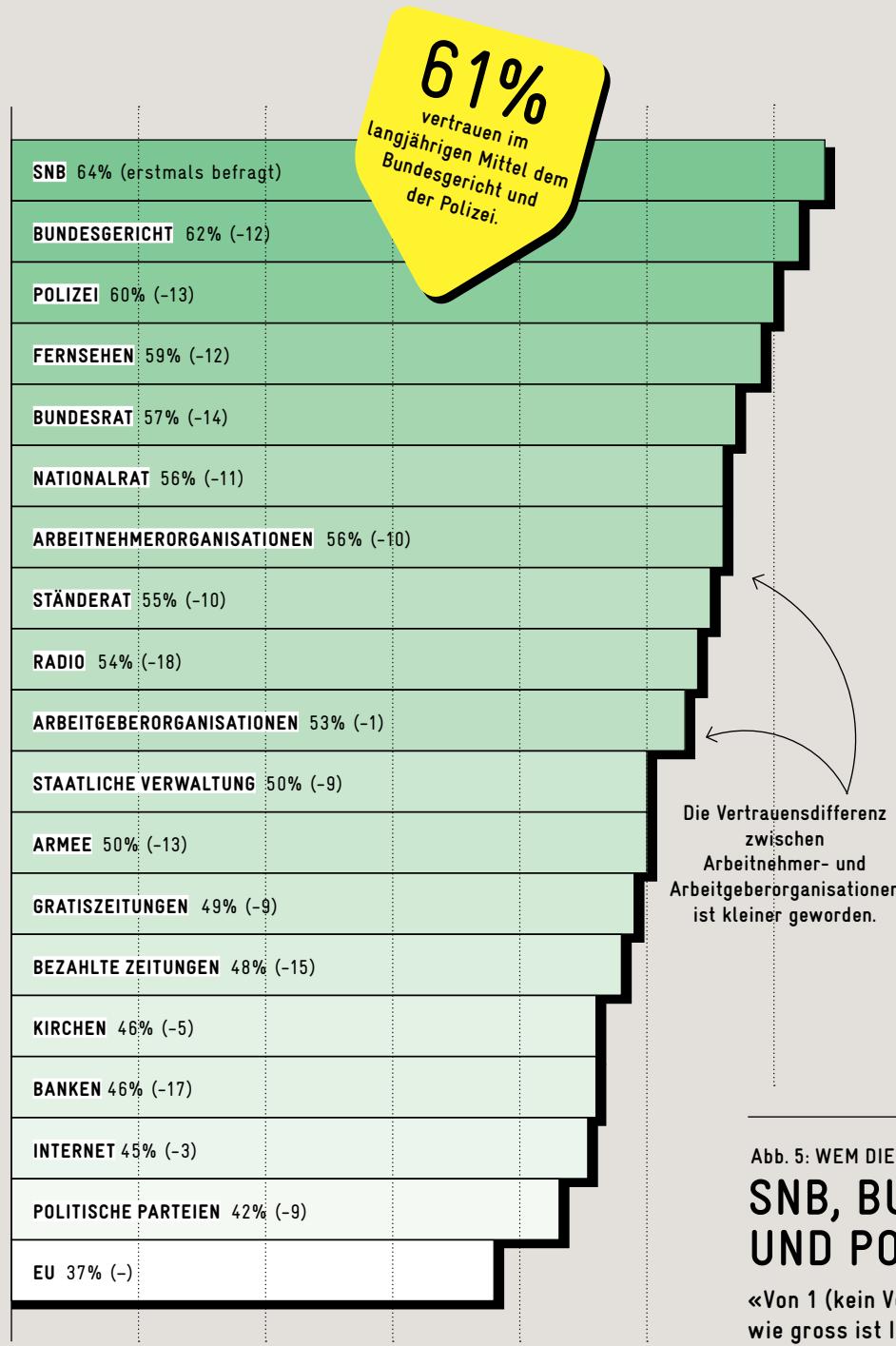


Abb. 5: WEM DIE SCHWEIZER VERTRAUEN

## SNB, BUNDESGERICHT UND POLIZEI VORNE

«Von 1 (kein Vertrauen) bis 7 (grosses Vertrauen), wie gross ist Ihr persönliches Vertrauen in die hier vorgelegten Institutionen?»

**A**n die Spitze der Vertrauenspyramide setzen die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger die Schweizerische Nationalbank (SNB). Dies hat vermutlich mit der Rolle der SNB in der Finanz- und Wirtschaftskrise zu tun, die von den Befragten gewürdigt wird. Mit minimem Abstand folgen die traditionellen Vertrauensträger Bundesgericht und Polizei. In ausländischen Studien findet man oft auch die Armee und die Kirche mit an der Spitze. In der Schweiz haben diese zwar ebenfalls stabile Vertrauenswerte, sie liegen jedoch deutlich hinter den politischen Gremien Bundesrat, National- und Ständerat zurück.

Beim Vergleich mit dem Vorjahr scheint auf den ersten Blick eine gewisse Ermüchterung einzusetzen, das Vertrauen in alle Institutionen und Akteure ist insgesamt rückläufig und liegt im Durchschnitt 9 Prozentpunkte tiefer als 2013. Letztes Jahr war allerdings ein einmaliges Hoch festzustellen; das generelle Vertrauen liegt momentan immer noch um 3 Prozentpunkte über jenem von 2012 und sogar 8 Prozentpunkte über dem langjährigen Mittel.

Analysiert man die prozentuale Verschiebung zu 2013, so gibt es einen überraschenden Sieger: Die Europäische Union (+0 pp) konnte als einziger Akteur den starken Anstieg des Vorjahres bestätigen, auch wenn sie in der Vertrauensrangliste klares Schlusslicht ist. Als weitere relative Sieger sind die Arbeitgeberorganisationen sowie das Internet zu bezeichnen.

### Gratiszeitungen liegen vorn

Die Medien werden in der Umfrage seit 2008 differenziert betrachtet, sodass sich das Bild langsam verfestigt. Das grösste Vertrauen genossen Radio und Fernsehen, bisher praktisch im Gleichschritt. Nun weist das Fernsehen erstmals einen signifikanten Vorsprung von fünf Prozentpunkten auf.

Mit recht deutlichem Abstand folgen die Zeitungen, wobei die Gratiszeitungen für manchen vielleicht etwas überraschend besser dastehen als die bezahlten Zeitungen, und das Resultat ist kein puren Zufall, denn das Ergebnis ist eine Wiederholung von 2009. Wie fast immer befindet sich das Internet am Ende der Mediengruppe. Der Rückstand ist allerdings klei-

ner geworden, dies vielleicht auch, weil die Nutzerinnen und Nutzer mittlerweile besser vertraut sind mit dem Internet.

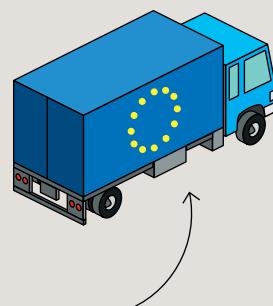
Von den Wirtschaftsakteuren mussten die Banken, die letztes Jahr mit 63 Prozent Vertrauenszuspruch einen Höchstwert erreicht hatten, einen Rückschlag auf 46 Prozent in Kauf nehmen. Die Arbeitnehmerorganisationen (-10 pp) und die Arbeitgeberorganisationen (-1 pp) ihrerseits haben seit 2006 kontinuierlich an Vertrauen gewonnen. Der aktuelle Rückgang fällt da nicht allzu sehr ins Gewicht.

### Zuverlässige Wirtschaft

Dass die Wirtschaft das verlorene Vertrauen langsam zurückgewonnen hat, manifestiert sich auch in der Antwort auf die Frage, ob man das Gefühl habe, die Wirtschaft beziehungsweise die Politik versage in entscheidenden Dingen. Die Antworten «selten/nie» widerspiegeln das Vertrauen der Bevölkerung: Knapp zwei Drittel der Bevölkerung meinen, sowohl die Politik als auch die Wirtschaft würden grundsätzlich zuverlässig arbeiten.

Während dieser Wert für die Politik eine Rekordmarke darstellt, stand die

Wirtschaft zu Beginn des Millenniums noch etwas besser da, ehe man 2002 bis 2005 in eine eigentliche Vertrauenskrise schlitterte, die nun überwunden zu sein scheint. Die Vertrauensfrage bestätigt insgesamt die positive Einschätzung der Wirtschaftslage durch die Schweizerinnen und Schweizer. (schi) □



Am Ende der  
Vertrauensrangliste:  
die EU.

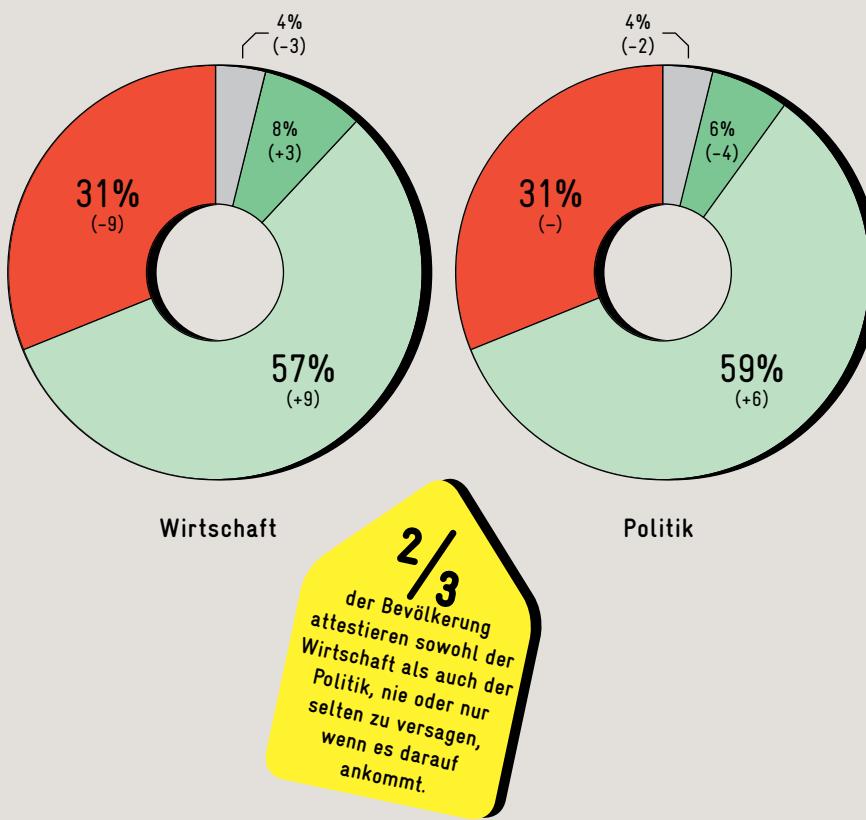


Abb. 6: VERSAGEN POLITIK UND WIRTSCHAFT  
**GUTE NOTEN**

«Haben Sie das Gefühl, die Wirtschaft respektive die Politik versage in entscheidenden Dingen?  
Ist dies oft, selten oder nie der Fall?»

nie    selten    oft  
weiss nicht/keine Antwort

## Debatte

# «WIR DÜRFEN DIE BILATERALEN NICHT GEFÄHRDEN» – «EINVERSTANDEN!»

Hans-Ulrich Bigler (FDP) und Stéphane Rossini (SP) diskutieren die wichtigsten Resultate des Credit Suisse Sorgenbarometers. Der Direktor des Gewerbeverbandes und der Nationalratspräsident sind sich nur selten einig.

Von René Buholzer und Simon Brunner



In den letzten Jahren hat der Stolz auf die Schweiz stetig zugenommen. «Wir verfügen über ein echtes Erfolgsmodell», sagt Hans-Ulrich Bigler, das starke die Identifikation mit der Heimat (im Bild: Fussballfans in Norwegen bei der Qualifikation für die Weltmeisterschaft 2014).

**D**ie Befragten sorgen sich am meisten um:

1. Arbeitslosigkeit,
2. Ausländerfragen und
3. AHV/Altersvorsorge. Wo  
orten Sie persönlich die  
wichtigsten Probleme des  
Landes?

**Hans-Ulrich Bigler:** Mit der «Altersreform 2020» stehen wir in den nächsten Jahren vor einer wesentlichen gesellschaftspolitischen Herausforderung. Für eine tragfähige Lösung scheint mir zentral, dass sich die zukünftigen Leistungen an den vorhandenen finanziellen Mitteln orientieren und nicht umgekehrt. Deshalb braucht es in den Sozialwerken dringend eine Schuldenbremse.

**Stéphane Rossini:** Die Verbesserung des Lebensstandards ist das wichtigste Anliegen der Bevölkerung, und damit auch für mich. Wie gut es uns geht, hängt zentral von der Qualität der Ausbildung ab, sie ermöglicht den Zugang zum Arbeitsmarkt. Gleichzeitig ist wichtig, wie sich Unternehmen bei Rationalisierungen verhalten, und andererseits,

wie viele neue Arbeitsplätze sie schaffen. Eine weitere grosse Frage sehe ich bei Arbeitslosigkeit, Krankheit, Invalidität und beim Eintritt in den Ruhestand: Wie können wir in diesen Situationen den Lebensunterhalt garantieren?

**Die Arbeitslosigkeit ist seit Jahren die grösste Sorge der Schweizerinnen und Schweizer, dieses Mal mit 51 Prozent: Warum beschäftigt das die Bevölkerung so stark, wo die Arbeitslosigkeit im internationalen Vergleich doch eher tief ist?**

**B:** Ein Arbeitsplatzverlust wiegt für die Betroffenen schwer, damit wird das eigene Lebenskonzept infrage gestellt. Die Bedrohlichkeit dieses Szenarios dürfte eine wesentliche Rolle in der persönlichen Einschätzung spielen.

**Das Verhältnis zu den Ausländern in der Schweiz wird in der Romandie problematischer wahrgenommen als in der Deutschschweiz. Wie lässt sich das erklären? >**

**R:** Vielleicht mit einer höheren Arbeitslosenquote in der Romandie, welche das Konkurrenzgefühl zu den ausländischen Arbeitskräften verschärft. Man muss aber auch darauf hinweisen, dass die Romands bei der Abstimmung zur Masseneinwanderung deutlich häufiger als die Deutschschweizer «Nein» eingelegt haben.

**Die Schweiz hat eine lange Tradition in der Aufnahme von Flüchtlingen und Asylsuchenden. Sehen Sie diese im Hinblick auf die aktuellen gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen gefährdet, Stichworte: Ausschaffungsinitiative und Revision des Asylgesetzes?**

**B:** Aus staatspolitischer Sicht tun wir gut daran, zur humanitären Tradition der Schweiz Sorge zu tragen. Trotzdem sind in der Bevölkerung

Ängste auszumachen, die es ernst zu nehmen gilt. Eine schwierige Frage ist dabei die Unterscheidung zwischen tatsächlichen und Wirtschaftsflüchtlingen. Ein konsequenter Asylvollzug scheint mir ein wichtiger Lösungsansatz zu sein.

**R:** Ich sehe die Prioritäten anders: In einer stark von Individualismus geprägten Gesellschaft ist das Zusammenleben zu einer grossen Herausforderung geworden. Um die schweizerische humanitäre Tradition fortzusetzen, muss man vertieft aufklären und informieren. Es braucht eine Kultur der Öffnung und Solidarität. Nur so kann man vermeiden, dass unsere Gesellschaft im Egoismus versinkt.

**Während die Identifikation mit der Wohngemeinde seit Jahren abnimmt, befindet sich das Zugehörigkeitsgefühl zur**



**«DIE SCHWEIZ VERTEIDIGEN HEISST AN DER INTERNATIONALEN DISKUSSION TEILNEHMEN.»**

STÉPHANE ROSSINI

**Nation Schweiz auf einem Höchstwert. Bröckelt die lokale Identität?**

**R:** Die Globalisierung und die hohe Mobilität der Bevölkerung bieten eine Erklärung für eine gewisse Identitätsverschiebung in Richtung der nationalen Identität. Man muss diese Entwicklung allerdings nuanciert sehen, denn eine weitere Identitätsgemeinschaft hat nicht an Bedeutung eingebüßt: der Kanton. Der Föderalismus ist und bleibt sowohl für die Bevölkerung als auch für die Behörden ein Eckpfeiler unseres nationalen Zusammenhalts.

**Der «Stolz, Schweizer zu sein» hat über die letzten zehn Jahre kontinuierlich zugenommen, vor allem auch bei der politischen Linken. Ein Indiz dafür, dass ein neuer, identitätsstiftender Patriotismus entstanden ist?**

**R:** Die Linke wurde in der Vergangenheit von den konservativen Kräften oft als nicht patriotisch angesehen, weil sie Werte wie die Öffnung und soziale Gerechtigkeit vertritt. Ein Irrtum. Wie Sie an den Resultaten des Sorgenbarometers ablesen können, ist das eine Verunglimpfung vonseiten der Rechten.

**B:** Lassen Sie mich eine andere Erklärung für den Nationalstolz anbieten: Vor dem Hintergrund der Finanzkrise, von der mit Ausnahme der Schweiz die ganze Eurozone betroffen ist, hat sich offenbar die Einsicht in der Bevölkerung gefestigt, dass wir über ein echtes Erfolgsmodell verfügen. Davon



Arbeitslosigkeit ist die Hauptsorge der Befragten, «wie können wir in dieser Situation den Lebensunterhalt garantieren?» ist eine der grossen Fragen der Schweiz für Stéphane Rossini (im Bild: Pendler in Luzern).

profitieren letztlich alle und es stärkt die Identifikation mit der Heimat. Wir dürfen stolz sein auf unser Land!

**79 Prozent der Befragten – so viele wie noch nie – wünschen sich ein offensiveres Verhalten der Politik gegenüber dem Ausland. Was ist zu tun?**

**R:** Die Schweiz verteidigen heißt an der internationalen Diskussion teilnehmen und aktiv die Spielregeln mitgestalten. Eine isolierte Schweiz kann nicht offensiv sein. Wir sind zwar reich, aber klein. Wir benötigen folglich in allen Bereichen die anderen: Bildung, Forschung, Wirtschaft. Über die Verteidigung unserer Interessen hinaus müssen wir uns aber auch offen und verantwortungsbewusst an globalen Angelegenheiten beteiligen.

**B:** Insbesondere der Bundesrat ist gefordert. Er sollte mehr Selbstbewusstsein zeigen gegenüber dem Ausland, wenn es darum geht, unsere Interessen mit Nachdruck zu vertreten.

**Apropos Bundesrat: Gefragt nach dem künftigen Verhältnis zur EU, befürworten 50 Prozent den bilateralen Weg. Was bedeutet das für das Verhalten der Regierung gegenüber Brüssel?**

**B:** Der Souverän hat sich gegen die Masseneinwanderung ausgesprochen und diese neue Verfassungsbestimmung gilt es nun umzusetzen. Gleichzeitig dürfen die bilateralen Verträge mit der EU nicht gefährdet werden.

**R:** Hier bin ich einverstanden! Der bilaterale Weg ist der-

zeit die einzige mögliche Perspektive, darum engagiert sich der Bundesrat aktiv für die Stärkung eines bilateralen Vorgehens. In der Schweiz müssen wir aber auch einsehen, dass die EU ihre eigenen Grundregeln und Prinzipien besitzt, deren Verteidigung legitim ist, Stichwort: Personenfreizügigkeit.

**B:** Man sollte den Bundesrat in Ruhe diese schwierigen Verhandlungen führen lassen. Dass momentan ständig neue Lösungsvorschläge eingeschossen werden, ist sicher nicht zielführend.

**Nur 15 Prozent der Befragten finden, die allgemeine wirtschaftliche Lage werde sich in den kommenden 12 Monaten verschlechtern. 2011 waren es noch 41 Prozent. Teilen Sie den Optimismus der Befragten, dass sich die Wirtschaft derart positiv entwickeln wird?**

**R:** Optimismus war schon immer ein ausgezeichneter Indikator. Er bildet den Motor des individuellen und des kollektiven Engagements. Er beeinflusst Innovation und Kreativität. Er erweist sich als wesentlicher Stabilitätsfaktor. Den politischen und wirtschaftlichen Akteuren obliegt es, nicht ständig Angst zu schüren: Sie sollten nicht Positionen und Meinungen vertreten, welche die sozialen Fortschritte der öffentlichen Hand infrage stellen.

**B:** Eine starke Konjunktur ist nicht einfach garantiert. Wir müssen Sorge tragen zu den wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen und unseren Standortvorteilen.



## «DER BUNDES RAT SOLLTE MEHR SELBST- BEWUSSTSEIN ZEIGEN.»

HANS-ULRICH BIGLER

Initiativen wie diejenige zur Abschaffung der Pauschalbesteuerung können zu Steuerausfällen in Millionenhöhe führen und stellen die Solidarität zwischen Stadt und Land in Frage. Aber auch die linke Forderung nach einer Erbschaftssteuer gefährdet Arbeitsplätze in den KMU massiv, weil Tausende von Nachfolgelösungen infrage gestellt werden.

**Blenden wir zum Schluss Wirtschaft und Politik aus – was sind die zwischenmenschlichen Qualitäten, welchen wir Schweizer mehr Bedeutung zukommen lassen sollten?**

**B:** Für mich steht das tägliche Zusammenleben in der Familie und im nächsten Umfeld im Zentrum. Genseitige Unterstützung und Hilfsbereitschaft führt zu mehr Lebensqualität, Zufriedenheit und einem sozialen Ausgleich fernab von unerwünschten Staatseingriffen.

**R:** Respekt, Toleranz und Solidarität sind die wesentlichen Qualitäten und Werte, um den sozialen Zusammenhalt und den Wohlstand des Landes zu gewährleisten. Dies sind die Erfolgsfaktoren für das Zusammenleben, den Wohlstand... und unser Glück!

**HANS-ULRICH BIGLER (FDP), 56, ist Direktor des Schweizerischen Gewerbeverbandes und Vorstandsmitglied im Hauseigentümerverband des Kantons Zürich. Zuvor war er während elf Jahren Direktor des Unternehmerverbandes der Schweizer Druckindustrie, Viscom. Der Freisinnige wohnt in Affoltern am Albis ZH und hat drei Kinder.**

**STÉPHANE ROSSINI (SP), 51, ist Nationalratspräsident 2015 und somit formell der höchste Schweizer für ein Jahr. Der Walliser ist Sozialwissenschaftler und arbeitet an den Universitäten Genf und Neuenburg, er hat zwei Kinder.**

## 4 – DAS WESEN DER SCHWEIZ

## Was uns ausmacht



Abb. 7: WER WIR SIND

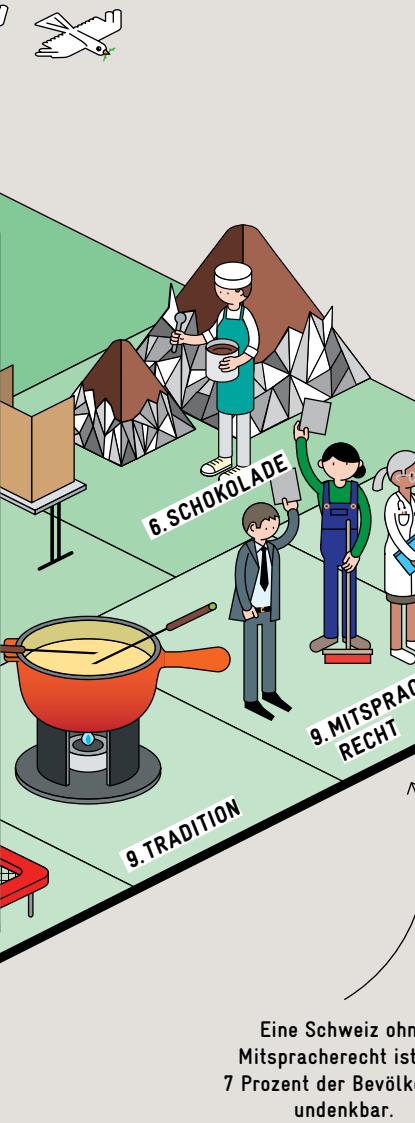
## DIE RANGLISTE

«Sagen Sie mir bitte drei Dinge, wofür die Schweiz für Sie persönlich steht.»

- |                                      |  |
|--------------------------------------|--|
| 1. Neutralität – 20% (+7)            | 9. Qualitätsbewusstsein – 7% (-)             |
| 2. Sicherheit/Frieden – 18% (-10)    | 9. Patriotismus – 7% (+3)                    |
| 2. Heimat/Heimatland – 18% (+5)      | 9. Tradition – 7% (+1)                       |
| 4. Landschaft – 14% (-1)             | 9. Gutes Schulsystem/Bildungsniveau – 7% (-) |
| 5. Berge/Alpen – 11% (+5)            | 15. Freiheit/Meinungsfreiheit – 6% (-3)      |
| 6. Schokolade – 9% (+1)              | 15. Unabhängigkeit – 6% (+1)*                |
| 6. Käse – 9% (+3)                    | 15. Ordnung/Sauberkeit – 6% (-)*             |
| 8. Demokratie – 8% (+2)              | 15. Präzision – 6% (-2)*                     |
| 9. Sozialstaat/Solidarität – 7% (-1) |  |
| 9. Mitspracherecht – 7% (+4)         |  |

\* Nicht auf der Grafik

## Die Schweiz ist mehr als die Summe ihrer Klischees. Traditionstreiche politische Eigenheiten, aber auch die erfolgreiche Wirtschaft stifteten eine Identität, auf die man so stolz ist wie noch nie.



**D**er Nationalstolz erreicht in der Schweiz ein Rekordhoch. 90 Prozent der Befragten sind sehr oder zumindest eher stolz, Schweizer zu sein. Dies sind 4 Prozentpunkte mehr als in den beiden Vorjahren und 17 Prozentpunkte mehr als vor zehn Jahren. In den ländlichen Gebieten (96%) und in den mittleren Agglomerationen (94%) ist der Nationalstolz besonders weit verbreitet, in den grossen Agglomerationen (82%) ist man etwas zurückhaltender.

Der Anstieg ist vor allem auf die politisch in der Mitte stehenden Stimmhörigen und Stimmbürgern zurückzuführen (52% sehr stolz, +20 pp). Zugenummen hat der ausgeprägte Stolz auf die Landeszugehörigkeit aber auch im linken Lager (33%, +3 pp), während rechts (54%, -7 pp) auf sehr hohem Niveau ein Rückschlag eintrat.

Auf die offen gestellte Frage, welche drei Eigenschaften das Wesen der Schweiz ausmachten, kam eine breite Auswahl von Antworten: Die meisten Stimmen erhielt die Neutralität mit 20 Prozent (+7 pp), vor dem letztjährigen Spitzeneiter Sicherheit/Frieden (18%, -10 pp) sowie der Heimat (18%, +5 pp), einem Begriff, den man so in der französischsprachigen Schweiz nicht kennt: Für das germanische Wort «Heimat» findet sich in den wenigsten Sprachen eine bedeutungsgleiche Übersetzung. Hoch im Kurs stehen auch die Landschaft mit 14 Prozent (-1 pp) und die Berge mit 11 Prozent (+5 pp).

### Kühe und ihre Glocken

Danach kommen mit Schokolade und Käse zwei traditionelle Qualitätsprodukte (je 9%), dann die Demokratie (8%) und nicht weniger als zehn verschiedene

Charakteristika mit 7 oder 6 Prozent: Sozialstaat/Solidarität, direkte Demokratie, Qualitätsbewusstsein, Patriotismus, Tradition, gutes Schulsystem/Bildungsniveau, Freiheit/Meinungsfreiheit, Unabhängigkeit, Sauberkeit und Präzision. Genannt werden aber auch Kühe und ihre Glocken (3%), Tell und der Rütlischwur (5%), das gute Verkehrsnetz, SBB/Post sowie der Tourismus (je 2%). Die humanitäre Hilfe und die Banken (je 4%) sind früher höher bewertet worden. Ein Finanzpaket, zu dem auch der Finanzplatz und das Bankkundengeheimnis zählen, käme mit 8 Prozent auf Platz 8 zu liegen.

### Stolz auf Politik und Wirtschaft

Mehr Konturen erhält das Bild, wenn man wissen möchte, auf welche politischen Merkmale die Befragten sehr oder ziemlich stolz sind. Hier liegen die Neutralität und die Unabhängigkeit (je 96%) vier Prozentpunkte vor den Volksrechten und fünf Prozentpunkte vor dem Zusammenleben der Sprachregionen. Auf die Bundesverfassung sind 90 Prozent der Stimmberechtigten stolz, auf den Föderalismus 86 Prozent. Danach folgen mit Abstand die Sozialpartnerschaft, die Konkordanz und das Milizsystem (siehe Abb. 8).

Auf die Uhrenindustrie (96%), die starken Marken im Ausland und den internationalen Qualitätsruf (je 95%) sowie die erfolgreichen KMU und die Maschinenindustrie (je 94%) sind die Schweizer in Sachen Wirtschaft besonders stolz. Hohe Werte erreichen aber auch die Forschung (91%), die Innovationskraft und die Pharmaindustrie (je 89%). Weiter folgen mit grösserem Abstand die Service-public-Unternehmen, die internationalen Konzerne in der Schweiz, der Finanzplatz sowie das Bankkundengeheimnis. >

Ähnliche Begriffe stehen zur Auswahl, wenn es um die politischen und wirtschaftlichen Stärken des Landes geht. Hier liegen die Bildung (38%, -8 pp), das Mitspracherecht (35%, +2 pp) und die Neutralität (33%, -14 pp) an der Spitze. Es folgen der Föderalismus (32%), das Zusammenleben der Kulturen (31%), der in der Schweiz herrschende Frieden (28%) sowie soziale Sicherheit, Stabilität und Gesundheitswesen (je 26%). Bei insgesamt 23 zur Verfügung stehenden Begriffen rangiert auch noch die Schweizer Qualität (24%) in den Top Ten.

Der grösste Unterschied in den Sprachregionen findet sich bei den Mitspracherechten, die in der deutschsprachigen Schweiz (41%) deutlich höher gewichtet werden als in der Romandie (22%). Dreimal gibt es einen Mini-Röstigraben (7 pp): die Neutralität wird in der Deutschschweiz eher als Stärke angesehen, in der Romandie dafür das Zusammenleben der Kulturen und die Schweizer Qualität.

(+9 pp auf 19%) sowie das Zusammenleben der Kulturen (+8 pp) am deutlichsten verbessert. Klar verloren haben die Schweizer Qualität (-7 pp), die bis 2011 stets an der Spitze lag, die Bildung (-8 pp) sowie die Ordnung/Sauberkeit (-10 pp).

Aufschlussreich ist die Beurteilung der Neutralität: Zwar wird sie von 20 Prozent als wesentliches Merkmal der Schweiz angesehen (Platz 1), und 96 Prozent sind stolz auf sie. Aber sie wird – vielleicht wegen der schwindenden Akzeptanz im Ausland? – nur noch von einem Drittel als Stärke eingestuft. (schi) □

Abb. 8: STOLZ AUF DINGE DER SCHWEIZERISCHEN POLITIK

## NEUTRALITÄT UND UNABHÄNGIGKEIT VORNE

«Gibt es bestimmte Merkmale, auf die Sie in der schweizerischen Politik sehr oder ziemlich stolz sind?»

Der Stolz auf das Zusammenleben hat um 10 Prozentpunkte zugenommen.

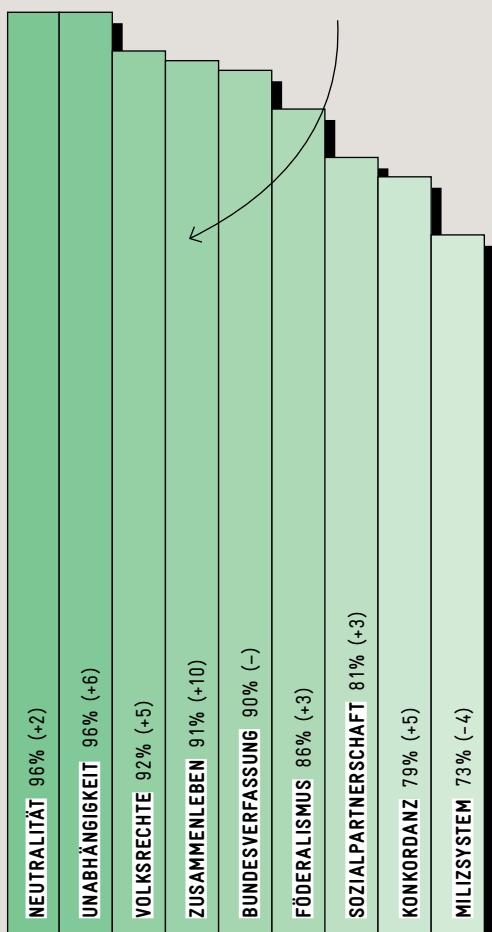
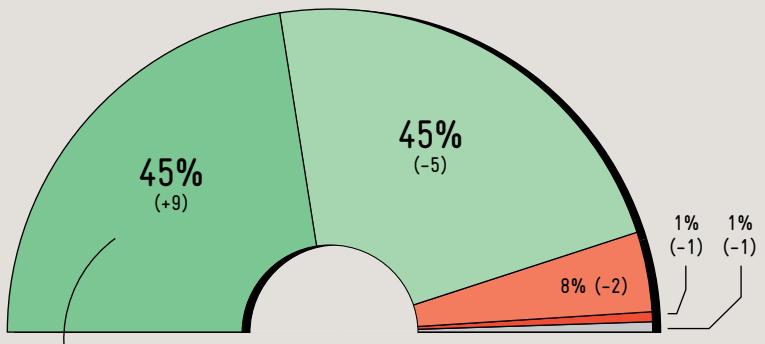


Abb. 9: NATIONALSTOLZ

## 90 PROZENT SIND STOLZ AUF IHR LAND

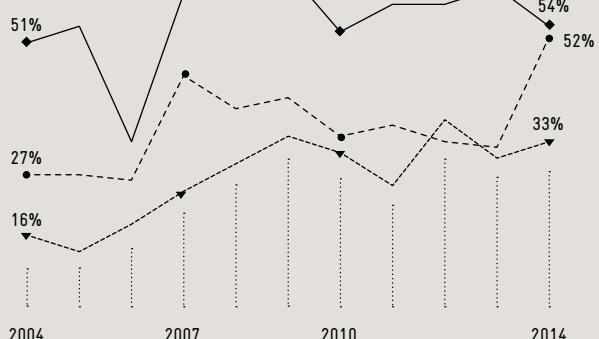
«Sind Sie stolz, Schweizer/Schweizerin zu sein? Würden Sie sagen, Sie sind ...»

■ sehr stolz ■ eher stolz  
■ eher nicht stolz ■ überhaupt nicht stolz  
■ weiss nicht/keine Antwort



ZEITLICHE ENTWICKLUNG  
«SEHR STOLZ AUF DIE SCHWEIZ» NACH POLITISCHER ZUGEHÖRIGKEIT

- ♦ Rechts
- Mitte
- ▼ Links



In Klammern Vergleich zum Vorjahr in Prozentpunkten

## 5 – GEFAHREN DER IDENTITÄT

# Sie und wir

**EU, Einwanderung und internationale Öffnung stellen das Schweiz-Sein in Frage. Innerhalb der Landesgrenzen nimmt das Zugehörigkeitsgefühl mit der Wohngemeinde ab – man sieht sich als Schweizerin oder Schweizer.**

**D**ie Schweiz befindet sich aufgrund der in den bilateralen Verträgen verankerten Personenfreizügigkeit mitten in einer modernen Völkerwanderung. 1,6 Millionen EU-Bürger verlegten laut Eurostat im Jahr 2010 ihren Wohnort in ein anderes EU-Land. Gleichzeitig wanderten 1,5 Millionen von aussen in die EU ein. In die Schweiz migrierten in jenem Stichjahr 139 495 Ausländer, unter Berücksichtigung der Rückwanderung waren es netto 68 967, fast gleich viele wie ins fünfmal grössere Frankreich und mehr als nach Spanien oder in die skandinavischen Länder. 2013 betrug die Netto-Zuwanderung nach zwei rückläufigen Jahren wieder 70 023 Personen.

Vor diesem Hintergrund lässt sich wohl erklären, dass die Ausländer gleich nach der Arbeitslosigkeit als zweitwichtigstes Problem des Landes wahrgenommen werden und die Einwanderung gleichzeitig als die grösste Identitätsgefahr. In den Jahren 2004 bis 2013 war das immer so. Diesmal führen 73 Prozent (+0 pp) zu Platz 2 hinter der EU. Durch sie wird das Schweizer Wesen nach Ansicht von 76 Prozent (+12 pp) der Stimmbürger sehr oder zumindest eher gefährdet. Zur Einwanderung aus der EU kommen noch eine instabile Konjunktur sowie ein labiler Euro-Franken-Wechselkurs hinzu.

Drittgrösste Gefahr ist mit 70 Prozent (+11 pp) die internationale Öffnung. Damit ist weniger Öffnung durch freien Handel gemeint als vielmehr die Einwanderung von Personen und die Ansiedlung ausländischer Unternehmen in der Schweiz – Vorgänge, die von den Befragten ambivalent betrachtet werden. Dazu passt, dass der Thinktank Avenir Suisse im März den Vorschlag lancierte, man solle zur Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative auf die aktive Ansiedlung ausländischer Unternehmen verzichten.

### Die eigenen Sorgen

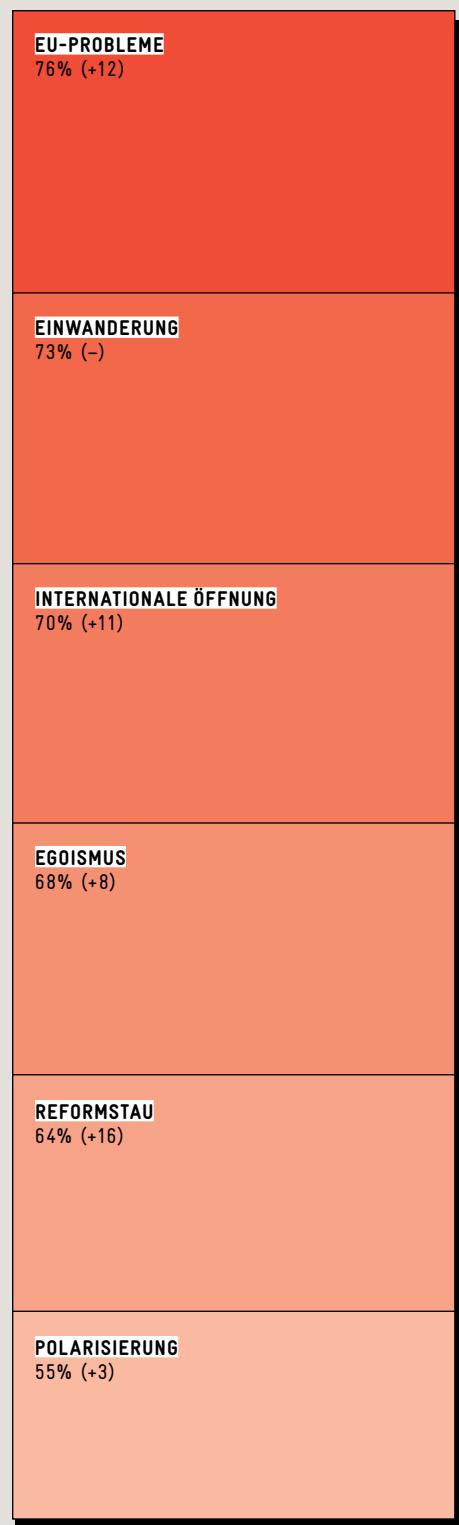
Erachten im Durchschnitt 73 Prozent der Bevölkerung diese von aussen einwirkenden Gefahren als besonders bedrohlich für die Schweizer Identität, so werden die drei hausgemachten Sorgen – Egoismus, Reformstau und Polarisierung – von 62 Prozent und damit ebenfalls von mehr als der Hälfte als Problem angesehen.

Sogar 68 Prozent (+8 pp) sind es beim Egoismus, einer mit den Schweizer Charakteristika Solidarität und Bescheidenheit unverträglichen Eigenschaft, die seit 2010 (44%) laufend zunimmt. Eine ähnliche, etwas weniger steile Kurve ist bei der Polarisierung der Parteien zu erkennen, die nun bei 55 Prozent (+3 pp) angekommen ist. Hatten demgegenüber seit 2008 immer weniger Schweizer einen >

Abb. 10: GEFAHR FÜR DIE SCHWEIZER IDENTITÄT

## GEFAHREN

«Durch welche Ursachen sehen Sie die Schweizer Identität gefährdet?»



Reformstau erkannt, so ist es nun zu einem Sprung nach oben auf den absoluten Höchststand von 64 Prozent (+16 pp) gekommen. Nach den beiden Sprachregionen aufgeschlüsselt, werden in der Romandie die Probleme mit der EU, der Einwanderung und dem Reformstau besonders akzentuiert wahrgenommen, in der Deutschschweiz – wie übrigens auch in den ländlichen Siedlungsgebieten – werden die internationale Öffnung, aber auch der Egoismus stärker als in der Westschweiz betont.

### Gemeinden wegfusioniert

Seit einigen Jahren zeichnet sich in der Schweiz ein Identitätswandel ab: Lediglich 17 Prozent (-3 pp) der Bevölkerung fühlen sich noch der eigenen Wohngemeinde zugehörig, nimmt man die Nennungen zweiter Priorität hinzu, so sind es 29 Prozent (-6 pp), also weniger als ein Drittel.

Das sind aus Sicht der Befürworter der Subsidiarität, welche gesellschaftliche Probleme im Sinne der Selbstbestimmung und der Eigenverantwortung wenn möglich auf der untersten Ebene lösen möchten, alarmierende Werte. Noch 2011 waren es 53 Prozent.

Im gegenwärtigen Millennium sind bereits 547 Schweizer Gemeinden (fast 19%) durch Fusionen verschwunden, in den vergangenen beiden Jahren waren es allein 143. Diese Fusionen finden meist aus ökonomischen Gründen statt und weil es immer schwieriger wird, Mandate des Milizsystems zu besetzen. Möglicherweise wird gerade dieses mangelnde Engagement für die Gemeinde als identitätsbedrohender Egoismus empfunden.

### Die Nation ersetzt die Gemeinde

Im Subsidiaritätsprinzip müsste die nächstgrößere Einheit gestärkt werden. Doch lässt sich bei der Zugehörigkeit zum

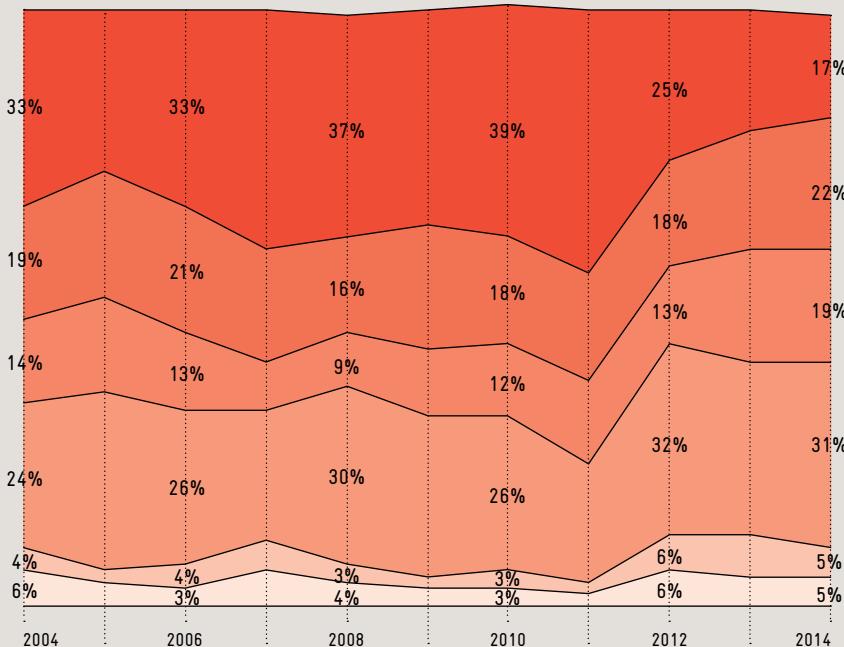
Kanton (erste und zweite Priorität) seit 2011 ebenfalls eine Abnahme um 11 Prozentpunkte auf 41 Prozent feststellen; allerdings hat eine moderate Zunahme der Erste-Priorität-Nennungen zu einem Rekordwert von 22 Prozent geführt. 35 Prozent (-1 pp) fühlen sich der Sprachregion zugehörig. Nimmt man auch hier 2011 als Referenzwert, beträgt der Rückgang insgesamt 8 Prozentpunkte.

Mit anderen Worten: Die Schweiz als Nation ersetzt die Wohngemeinden als Identifikationsfaktor Nummer eins. Fühlten sich 2011 erst 39 Prozent der Bevölkerung in erster oder zweiter Linie der Schweiz zugehörig, so sind es nun 66 Prozent (+18 pp im Vorjahresvergleich). Im Zuge dieser pragmatischen Zentralisierung gibt es übrigens – wiederum im Vergleich zu 2011 – auf tiefem Niveau auch mehr europäisch denkende Schweizer (17%) sowie mehr Weltbürger (11%). Im Vorjahresvergleich sind die Werte jedoch leicht rückläufig.

Die politische Realität hinkt dieser veränderten Einstellung hinterher. Vermutlich deshalb wird ein Reformstau festgestellt. Die Grundsatzdiskussion um traditionelle Eckpfeiler der schweizerischen Demokratie wie Föderalismus, Subsidiarität und Milizsystem könnte demnächst wieder aufkommen. (sch) □

Abb. 11: ZUGEHÖRIGKEIT  
**MEINE SCHOLLE**  
«Welcher geografischen Einheit fühlen Sie sich in erster Linie zugehörig?»

■ Wohngemeinde ■ Wohnkanton ■ Sprachregion  
■ Schweiz ■ Europa ■ Welt



Spezial: Zukunft der Schweiz

# EIN PAAR PROBLEME UND VIEL ZUVERSICHT

**Seit 2012 nimmt bei den Schweizer Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern der Optimismus zu, wenn es um die Zukunft des Landes geht. Alles kommt gut? Nicht ganz.**



50 Prozent der Befragten gehen davon aus, dass sich das Zusammenleben mit den Ausländern verbessern wird (im Bild: Jodler vom Jodlerklub Gletscherecho, Saas-Fee, beim Festumzug).

**N**ach dem Zustand der Schweiz in zehn Jahren befragt, glaubten im Jahr 2007 lediglich 28 Prozent, dass es dem Land eher oder viel besser gehen werde als in der Gegenwart. Mit der Finanz- und Wirtschaftskrise schrumpfte diese kleine Gruppe der Optimisten auf 25 Prozent.

Seither hat die Stimmungslage gedreht. Nun glaubt eine knappe Mehrheit von 51 Prozent, dass es der Schweiz im Jahr 2024 in Bezug auf sechs Schlüsselfaktoren insgesamt besser gehen wird als heute.

Und sogar 73 Prozent glauben, dass der Zusammenhalt der Sprachregionen sich

zum Guten entwickeln wird. Nach Ansicht von 55 Prozent der Bevölkerung wird die Zusammenarbeit der wichtigen Parteien künftig besser klappen als heute; die oft totgesagte Konkordanz scheint – jedenfalls gemäss diesem Sorgenbarometer – zu überleben.

## DER WOHLSTANDSGRABEN

Allerdings macht die Frage nach der zukünftigen Schweiz auch ein neues Problemfeld sichtbar. Zwar glauben mittlerweile dreimal mehr Stimmbürger, dass die Schweiz bei der Eindämmung der Armut in Zukunft Fortschritte erzielen werde, aber mit 34 Prozent (+6 pp im Vergleich zu 2013) sind dies immer noch erschreckend wenige. Anstelle eines Rösti- und Polentagrabs könnte dem Land ein Wohlstandsgraben quer durch alle Landesteile drohen. Umso mehr als die neue Armut zurzeit wenig thematisiert wird. Lediglich 14 Prozent nehmen diese noch als eines der wichtigsten Probleme des Landes wahr, während es 2005 noch mehr als doppelt so viele gewesen waren.

Etwas überraschend ist, dass fast die Hälfte der Schweizer (40%, +11 pp) glauben, es werde in Bezug auf die Altersstruktur (Thema: Überalterung der Gesellschaft) eine Entspannung geben. Und 50 Prozent (+9 pp)

gehen davon aus, dass sich das Zusammenleben mit den Ausländern verbessern wird. Gar 52 Prozent (+3 pp) sind davon überzeugt, dass die Schweiz die Umweltprobleme in den Griff bekommen kann.

## IST DIE RENTE GESICHERT?

All diese Resultate stehen im Zusammenhang mit den Antworten auf die Frage nach den wichtigsten Problemen in zehn Jahren. Direkt hinter dem langjährigen Hauptproblem Arbeitslosigkeit (52%, +14 pp) stellt man bei der AHV den erwarteten, demografisch bedingten Sprung nach oben auf 47 Prozent (+10 pp) fest. Die Sorgen im Zusammenhang mit den Ausländern folgen an dritter Stelle, mit 33 Prozent liegen sie im langjährigen Mittel. Etwas abgenommen haben die künftig erwarteten Sorgen um Flüchtlinge mit 25 Prozent und die neue Armut mit 20 Prozent (mit den erwähnten Vorbehalten). Stagniert haben die Energieprobleme mit 19 Prozent.

Und wie geht es der nächsten Generation? Tendenzen lassen sich aus dem Jugendbarometer 2014 ableSEN, das im letzten Bulletin vorgestellt worden ist. (schi) □

Credit Suisse Jugendbarometer abrufbar unter:  
[www.credit-suisse.com/jugendbarometer](http://www.credit-suisse.com/jugendbarometer)

Spezial: Die Schweiz und das Ausland

# HART VERHANDELN, BILATERALE BEHALTEN

Dank einer konsequenten Haltung habe das Image der Schweiz im Ausland in den letzten Monaten gewonnen, so die selbstbewusste Einstellung der Befragten. Mit dem Ausland sollte offensiv verhandelt werden.



Wie soll es weitergehen mit der EU? 50 Prozent wünschen sich die Fortsetzung der bilateralen Verträge, 24 Prozent möchten sie kündigen. 12 Prozent befürworten den EWR und 4 Prozent den EU-Beitritt (im Bild: Seiltänzer David Dimitri am 1. August 2010 zwischen der Schweizerischen Botschaft und dem Bundeskanzleramt in Berlin).

Im Ausland sehen die Schweizerinnen und Schweizer wenig Gutes: Die ausländische Wirtschaft steht für die meisten deutlich weniger gut da als die einheimische. Zudem stellt die Europäische Union nach Ansicht von mehr als drei Vierteln der Befragten mit ihren Problemen die schweizerische Identität auf die Probe. Das Vertrauen in die EU ist klar tiefer als in alle heimischen Akteure. Und als

Europa- oder Weltbürger sehen sich in erster Priorität gerade einmal 10 Prozent der Befragten (weitere 18 Prozent bezeichnen sich in zweiter Priorität als solche).

## UNERSCHÜTTERLICH GUT

Wie stark hat das Ansehen der Schweiz im Ausland in den letzten 12 Monaten gelitten? Überhaupt nicht, sagen viele Schweizer, oder höchstens unwesentlich.

39 Prozent (-2 pp) glauben sogar, das Ansehen habe sich in den letzten zwölf Monaten noch verbessert.

Dieses gesunde Selbstbewusstsein variiert je nach Sprachregion. Während bei der Deutschschweizer Landesmehrheit 41 Prozent (+3 pp) im letzten Jahr eine Imageverbesserung wahrgenommen haben wollen, ist in der Romandie mit 38 Prozent (-7 pp) und vor allem im Tessin mit nur noch 24 Pro-

zent (-48 pp) eine gewisse Ernüchterung auszumachen.

So oder so: Das Image ist in der Eigenwahrnehmung fast unerschütterlich gut. Nie in den letzten fünf Jahren sind es weniger als 81 Prozent gewesen, die das Ansehen der Schweiz im Ausland als eher oder sehr gut erachtet haben. Gegenwärtig sind es 86 Prozent (-5 pp).

## MUT ZUM AUFSTAND

Gleichzeitig stellt die Bevölkerung fest, dass sich die Politik um ein offensiveres Vorgehen im Ausland bemüht. Nahmen im Jahr 2009 erst 16 Prozent eine solche Haltung wahr, so waren es 2012 bereits 30 Prozent, und nun stuften gar 49 Prozent (+22 pp) der Stimmbürger das Agieren ihrer Politiker auf internationaler Ebene als eher oder sehr offensiv ein. Dem stehen 47 Prozent (-16 pp) gegenüber, die ein defensives Vorgehen feststellen.

Steht die Bevölkerung hinter dieser forcierten politischen Gangart? Nicht weniger als 79 Prozent (+8 pp) der Befragten wünschen sich sogar eine noch ausgeprägtere Offensive im Ausland und stärken damit der Politik den Rücken. Das ist ein Spitzenwert. Dem steht eine fast verschwindende Minderheit

von 17 Prozent (-4 pp) gegenüber, die zu mehr Vorsicht mahnt. Geht es um den Mut zum politischen Aufstand, besteht in allen Landesteilen Einigkeit: In der Deutschschweiz sind 81 Prozent (+5 pp) dafür, in der Romandie 73 Prozent (+14 pp) und im Tessin 68 Prozent (+12 pp).

#### SOWOHL ALS AUCH

Schlüsse zu den Verhandlungen mit der EU über die Masseneinwanderungsinitiative können aber nur bedingt gezogen werden. Zwar möchten 66 Prozent der Stimmbürger, dass man angenommene Volksinitiativen möglichst genau umsetzt, aber gleichzeitig sind sogar 74 Prozent dafür, dass man sie flexibel handelt. Statt einer klaren Entweder-oder-Haltung nimmt man lieber eine Sowohl-als-auch-Position ein. Diese Einstellung zieht sich, mit Unterschieden, quer durch alle Parteien. Bei den SVP-nahen Stimmbürgern sind 77 Prozent für eine flexible und 72 Prozent für eine möglichst genaue Umsetzung, bei den FDP-nahen Wählern stellt man fast identische Werte (76 vs. 72%) fest. Bei der CVP (78 vs. 65%) und vor allem bei der SP (77 vs. 56%) stösst eine flexible Haltung auf mehr Verständnis (Mehrfachnennungen möglich).

Weil für die Schweiz die Europäische Union von existenzieller Bedeutung ist, wurde erstmals Auskunft über die künftige Ausgestaltung des Verhältnisses zur EU erbeten. Es scheint gut zu sein, wie es ist: 50 Prozent der Bevölkerung wünschen sich in erster Priorität die Fortsetzung der bilateralen

Verträge, 24 Prozent würden sie jedoch kündigen. Lediglich 12 Prozent befürworten den EWR und lediglich 4 Prozent den EU-Beitritt; 10 Prozent wollen sich auf keine dieser Möglichkeiten festlegen.

Nimmt man die Nennungen zweiter Priorität hinzu (die Gesamtsumme steigt somit auf 200 Prozent), so ergibt sich ein ähnliches Bild: Insgesamt 66 Prozent wollen nun an den bilateralen Verträgen festhalten; 31 Prozent würden sie aufkündigen. Relativ betrachtet am stärksten nimmt die Akzeptanz für einen EWR-Beitritt (41%) zu; für einen EU-Beitritt votieren 14 Prozent. Sprachregional betrachtet möchten 50 Prozent der Deutschsprachigen und 46 Prozent der Französischsprachigen die Bilateralen fortsetzen; nimmt man die Nennungen zweiter Priorität hinzu, verschiebt sich dieses

Verhältnis zugunsten der Romands (69% gegenüber 63%). Vielleicht überrascht, dass in der Westschweiz die Akzeptanz für einen Beitritt zum EWR (36% in erster und zweiter Priorität) gut dreimal grösser ist als jene für einen EU-Beitritt (11%). Für einen EU-Beitritt findet man hier weniger Befürworter als in der Deutschschweiz (16% in erster und zweiter Priorität).

#### WAS WOLLEN DIE PARTEIEN?

Die Zustimmung für die bilateralen Verträge ist in erster Priorität bei der CVP (58%), der FDP (57%) und der SP (53%) besonders hoch, aber auch bei der SVP (43%) und den Parteilosen (45%) werden sie breit akzeptiert. Betrachtet man auch die zweite Priorität, so findet man nun die SP (75%) relativ deutlich an der Spitze vor der

FDP (69%) und der CVP (68%). Bei der SVP sind nun ebenfalls 64 Prozent dafür. Die Parteilosen bleiben mit 55 Prozent etwas weiter zurück.

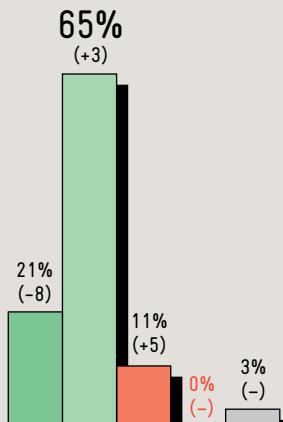
Wie schwierig diese Resultate zu interpretieren sind, zeigt ein Blick auf die Gegner der Bilateralen in erster und zweiter Priorität. Die SVP-Anhänger liegen – wohl erwartungsgemäss – an der Spitze (33%/9%), danach aber folgen bereits die SP-Sympathisanten (23%/10%), noch vor den Parteilosen (23%/5%), den Freisinnigen (20%/5%) und den CVP-nahen Stimmbürgern (16%/6%).

Letztlich besagen die Resultate nichts anderes, als dass auch innerhalb der Parteien keine Klarheit herrscht, wie das «richtige» Verhältnis der Schweiz zur EU zu definieren sei. (schi) □

## Abb. 12: IMAGE DER SCHWEIZ IM AUSLAND DER RUF IST GUT

«Wie ist Ihrer Meinung das Ansehen/Image der Schweiz im Ausland?»

■ sehr gut ■ eher gut  
■ schlecht ■ sehr schlecht  
■ weiss nicht/keine Antwort

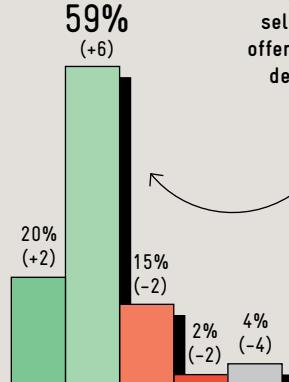


## Abb. 13: VERHALTEN DER POLITIK ZUM AUSLAND STARKER AUFTRITT

«Wie sollte sich die Schweizer Politik gegenüber dem Ausland verhalten?»

■ viel offensiver ■ eher offensiver  
■ eher defensiver ■ viel defensiver  
■ weiss nicht/keine Antwort

Klares Votum:  
Beinahe 80 Prozent  
der Stimmbürger  
sind für ein  
selbstbewusstes,  
offensives Auftreten  
der Politiker im  
Ausland.



# Gute Aussichten



Im Sorgenbarometer geben sich die Befragten zuversichtlich:  
**9 von 10 sagen, ihre Lage sei zufriedenstellend bis sehr gut. Und sie sind überzeugt, dass es so bleibt oder noch besser kommt.**

QuickHoney ist ein Studio für moderne Illustration. Seit 14 Jahren arbeiten Nana Rausch und Peter Stemmler für eine Vielzahl von internationalen Kunden, u.a. «New York Times», «New Yorker», «Stern», «Die Zeit», MTV. QuickHoney wurde in New York gegründet und ist heute in Berlin beheimatet.